

Glastetter, Werner

Article — Digitized Version

Auf der Suche nach neuen Stabilisierungskonzepten

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Glastetter, Werner (1974) : Auf der Suche nach neuen Stabilisierungskonzepten, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 2, pp. 96-101

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134648>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WISSENSCHAFT FÜR DIE PRAXIS

Auf der Suche nach neuen Stabilisierungskonzepten

Werner Glastetter, Düsseldorf

Die gegenwärtige wirtschaftliche Instabilität in der BRD stellt die Konjunkturtheorie und -politik vor neue Aufgaben. Das Unbehagen an der konjunkturpolitischen „Machbarkeit“ und die Zweifel daran, ob die Konjunkturpolitik über die Globalsteuerung den gesellschaftspolitischen Erfordernissen gerecht werden kann, wurden auf einem Forum über „Stabilisierungspolitik“ deutlich, das das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB vom 5. bis 7. Dezember 1973 in Düsseldorf veranstaltete. Dr. Werner Glastetter vom WSI faßt die Referate und Diskussionen der Tagung zusammen*).

Als die Veranstalter das Forum „Stabilisierungspolitik“ planten, stand im Mittelpunkt der aktuellen wirtschafts- und konjunkturpolitischen Diskussion das Problem der konjunkturellen Verstetigung einerseits bzw. der Rückgewinnung eines höheren Maßes an Preisstabilität andererseits. Es sind dies im Grunde zwei Varianten des gleichen Phänomens: nämlich der Tatsache, daß die noch Anfang der 60er Jahre voll Überzeugung vertretene These, daß das „Zyklus“-Problem weitgehend gelöst (da wirtschaftspolitisch zu bewältigen) sei und daß das „Wachstums“-Problem zunehmend die eigentliche Priorität besitze, sich als ein Grundirrtum der wirtschaftspolitischen Nachkriegsdiskussion erwies.

Grenzen ordnungspolitischer Wertvorstellungen

Als die Veranstaltung schließlich stattfand, schien sich die aktuelle Problematik verschoben zu haben. Die von der – weder damals noch heute hinreichend quantifizierbaren – Ölkrise zu erwartenden Gefahren für Wachstum und Beschäftigung

Dr. rer. pol. Werner Glastetter, 36, ist Referent im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB. Seine Hauptarbeitsgebiete sind Konjunktur, Wachstum und Außenwirtschaft.

im Jahre 1974 traten in den Vordergrund. Doch war man sich auf dem Forum in einem Punkt einig: Wenn auch nicht auszuschließen sei, daß das Instabilitätsproblem in seiner zweiseitigen Erscheinungsform durch eine drohende Verknappung in der Energieversorgung *quantitativ* in seiner Lösung gewiß erschwert werden würde (schwächeres Wachstum und zusätzliche Preisschübe), müsse dennoch davon ausgegangen werden, daß die *qualitative* Substanz des Instabilitätsproblems im Grunde davon unberührt bliebe.

Gerade dieser Sachverhalt erwies sich indessen relativ rasch als Hypothek für den Ablauf des Forums und seiner wissenschaftlichen Erkenntnisse. Denn sobald die Substanz des Instabilitätsproblems selbst angesprochen war, konnte sich die Diskussion schlechterdings nicht mehr darauf beschränken, die Verfeinerung des einen oder anderen stabilitätspolitischen *Instruments* zu erörtern; die stabilitätspolitische *Konzeption* als Ganzes stand zur Diskussion und Disposition. Daß die Suche nach neuen Herausforderungen – und somit Lösungskonzepten – nur bedingt erfolgt (und gelungen) ist, konnte nicht überraschen. Denn eine solche Suche führt zwangsläufig – und dies bestätigte sich auf dem Forum sehr rasch – an die Grenzen inhaltlicher und ordnungspolitischer Wertvorstellungen. Was somit blieb – und

*) Es ist beabsichtigt, in absehbarer Zeit alle Referate und die zusammengefaßte Diskussion in der Reihe der WSI-Studien zu veröffentlichen.

dies sollte aber nicht zu gering gewertet werden —, war, diese Grenzen (einmal mehr) sichtbar zu machen.

Elastizitätsverlust des Marktmechanismus

Der erste Tag (5. Dezember) stand ganz im Zeichen einer wissenschaftlichen Grundsatzdiskussion¹⁾. Dabei bildete sich in den Referaten rasch eine zentrale These heraus; sie prägte insbesondere die Vormittagsdiskussion: Der marktwirtschaftliche Ablaufprozeß verliere zunehmend seine — für die Funktionsfähigkeit dringend erforderliche — Elastizität. Verkrustete Macht- bzw. Marktstrukturen schafften die Bedingungen dafür, daß zunehmend *inverse* Reaktionen drohen. Gemeint ist damit, daß Nachfrageänderungen nicht mehr primär Preis-, sondern primär Mengenreaktionen auslösen. Konkret: Nachfragerückgänge und sinkende Kapazitätsauslastung erzwingen nicht mehr Preiszugeständnisse; es sei vielmehr zu erwarten, daß sie Druck auf die Produktion und/oder weitere Preissteigerungen provozieren.

Weder dieser theoretische Ausgangspunkt noch die daraus zu ziehende politische Schlußfolgerung, daß das Instrument der globalen Nachfragesteuerung einem Instabilitätsproblem, das in marktmechanistischen Elastizitätsverlusten seine Wurzeln hat, nicht mehr Rechnung tragen könne, blieben sonderlich umstritten. Was an diesem Vormittag umstritten blieb, waren die Konsequenzen, die die Referenten daraus zogen:

Umstrittene Konsequenzen

Zunächst wurde das Kriterium der gesamtwirtschaftlichen „Verantwortung“ in den Mittelpunkt der Argumentation gerückt (GAHLEN). Dieses Kriterium wurde in dem konkreten Fall dahingehend interpretiert, daß es darauf ankomme — in Verbindung mit einer wirksamen Kontrolle wirtschaftlicher Macht —, das Beschäftigungsrisiko wieder zu reprivatisieren; zumindest seien Vollbeschäftigungsgarantie und Tarifautonomie auf Dauer unverträglich.

Sodann wurde der konjunkturpolitische Ansatz bei einer „primär bremsenden Lohnpolitik mit subsidiär expansiver Nachfragepolitik“ gesehen (KLAUS). Dieser Ansatz habe — ebenso wie eine primär bremsende Nachfragepolitik — durchaus auch seine Probleme: Vor allem könnte er Verteilungsprobleme schaffen, weshalb er im konkreten Fall mit vermögenspolitischen Maßnahmen ergänzt werden müsse.

¹⁾ Prof. Dr. Bernhard Gahlen, Universität Augsburg, referierte über „Grundfragen der Stabilisierungspolitik“, Prof. Dr. Joachim Klaus, Universität Erlangen-Nürnberg, über „Unsicherheiten in der Wahl der Stabilisierungsstrategie“, Prof. Dr. Werner Meißner, Universität Frankfurt, über „Stabilisierungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland: Systemstabilisierung?“ und Prof. Dr. Manfred J. M. Neumann, Freie Universität Berlin, über „Stabilisierungspolitik in monetaristischer Sicht“.

Beide Ansätze waren in der Diskussion heftig umstritten. Nach Meinung einer Reihe von Diskussionspartnern werden sie einigen zentralen Problemen nicht gerecht: Genannt wurden insbesondere das Problem drohender *Überinvestitionen*, das Problem zunehmender *Marktmacht* und das Problem der sozialen *Symmetrie* (sowohl bei der Existenzsicherung als auch bei der Frage der Verteilungsgerechtigkeit).

Modifizierung der Entscheidungsrechte

Gerade der letzte Punkt bildete den Auftakt zur Nachmittagssitzung. Hier stand zunächst die These im Mittelpunkt, daß es — trotz starker Konjunkturschwankungen — bislang erfolgreich gelungen sei, die private Gewinnentwicklung zu stabilisieren. Deshalb dürfe eine erfolgreiche Stabilitätspolitik nicht mehr darauf ausgerichtet sein, über Gewinnstabilisierung das System zu stabilisieren. Vielmehr käme es darauf an, die Entscheidungsrechte aufgrund von Produktionsmitteleigentum teils über kollektive Kapitalbildung, teils über die Begrenzung der Preis- und Investitionsautonomie zu modifizieren (MEISSNER).

Die sich daran anschließende Diskussion konzentrierte sich auf zwei Schwerpunkte:

Zum ersten auf die *methodische* Frage, ob die These von der Gewinnstabilisierung — angesichts der Mängel in der Verteilungsstatistik — überhaupt empirisch abzusichern sei;

zum zweiten auf die *ordnungspolitische* Frage, bis zu welchen Grenzen eine Modifikation der Entscheidungsrechte möglich sei, ohne das bestehende Ordnungssystem völlig auf den Kopf zu stellen.

Zyklus- vs. Trendorientierung

Das Schlußreferat des ersten Tages enthielt — wiederum anknüpfend an die letzte Fragestellung — einen völligen Rollentausch hinsichtlich der ordnungspolitischen Problematik. Jetzt trat die *monetaristische* These in den Mittelpunkt, daß der private Sektor inhärent stabil sei und daß die Zyklusschwankungen ausschließlich auf externe — schockverursachende — Faktoren (in der Reihenfolge der Dominanz: Geldpolitik, Fiskalpolitik, Außenimpulse) zurückzuführen seien.

Als Forderung wurde daraus abgeleitet, durch einen Wechsel von der Zyklus- zur Trendorientierung die Stabilisierungspolitik zu „stabilisieren“. Ansatz hierfür wäre eine im Grundsatz konstante Geldmengenwachstumsrate p.a. (modifiziert durch eine 2-%-Schwankungsmarge und ergänzt durch eine Proviso-Klausel), die sich aus einer langfristig erreichbaren realen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate und einer tolerierbaren (soweit

AWR**Das neue Außenwirtschaftsrecht**

Herausgegeben von Rechtsanwalt Dr. J. WAPENHENSCH unter ständiger Mitarbeit anerkannter Fachleute.

3., ergänzte Ausgabe, über 2300 Seiten, DIN A 5, mit 2 Ganzleinen-Spezialordnern, DM 68,-. Ergänzungen einmal monatlich, Preis je 16 Seiten DM 3,-.

Als Standardwerk seines Fachgebietes bringt das AWR seit nunmehr 25 Jahren die für die Außenwirtschaft maßgeblichen Gesetze, Verordnungen, Erlasse, Richtlinien und sonstigen Verwaltungsanordnungen der BRD. Alle einschlägigen Vorschriften werden im Originalwortlaut unter Angabe der Fundstelle veröffentlicht.

Ausländisches Wirtschaftsrecht**Systematischer Überblick für die Praxis**

Von Dr. jur. M. WITTENSTEIN, Rechtsanwalt und Notar in Frankfurt am Main, und Dr. jur. R. BÖCKL, Rechtsanwalt in Bonn.

Ergänzbare Ausgabe, 316 Seiten, DIN A 5, einschließlich Plastik-Spezialordner DM 46,-. Ergänzungen von Fall zu Fall.

Das Werk ist praxisingerecht gegliedert. In Form einer „check-list“ werden dem üblichen Geschäftsablauf entsprechend jeweils systematisch 9 Fragenkreise behandelt: Das auf Verträge anwendbare Recht · Handelsvertreterrecht · Vertragshändler · Kaufvertrag · Sicherung des Kaufpreises · Lizenz-, Know-how-Vertrag · Wichtige Gesellschaftsformen · Rechtsverfolgung.

Die Europäischen Gesetze gegen Wettbewerbsbeschränkungen**Ergänzbare Textsammlung mit Verweisungen**

Von Dr. Siegfried KLAUE, Direktor beim Bundeskartellamt.

442 Seiten, DIN A 5, einschließlich Alkor-Spezialordner DM 78,-. Ergänzungen von Fall zu Fall.

Der Verfasser hat alle wichtigen Kartellbestimmungen der europäischen Staaten in einer ergänzbaren Gesetzessammlung zusammengefaßt, um denen, die über internationale Wirtschaftsfragen zu entscheiden haben, ein Hilfsmittel zu bieten.

Auf Wunsch senden wir Ihnen gerne Prospekte!

Erich Schmidt Verlag

Berlin Bielefeld München

unvermeidlichen) durchschnittlichen Inflationsrate zusammensetzt. Eine solche Regelbindung wäre zu realisieren, indem man die traditionelle Preispolitik (Zinspolitik) durch eine Mengenpolitik (Offenmarktpolitik) ersetzt und hierzu – über entsprechende institutionelle Voraussetzungen – einen Teil der nationalen Währungsreserven nutzbar machte (NEUMANN).

In der Diskussion wurde dem monetaristischen Konzept vorab bescheinigt, daß hier nicht nur ein begrüßenswertes Bemühen zu verzeichnen sei, empirisch zu arbeiten (und damit die Ergebnisse der Falsifikationsmöglichkeit auszusetzen), sondern daß auch ein diskutabler Beitrag zur Reform der Notenbankpolitik vorgelegt wurde. Zwei grundsätzliche Aspekte blieben freilich in der Diskussion sehr umstritten:

Einerseits die *Hypothesen* der inhärenten Stabilität des privaten Sektors (Frage, ob empirisch überhaupt zu testen) und des stringenten Zusammenhanges von Geldbasis, Geldmenge und realem Wirtschaftsprozeß (Frage der Aussagefähigkeit widersprüchlicher Testergebnisse);

andererseits die Gefahr, daß ein solches Konzept – in seiner Eigenschaft als Globalkonzept – den *Strukturproblemen*, den *inversen* Marktreaktionen und der *Verteilungsproblematik*, damit also den eigentlichen Kernfragen der aktuellen Stabilitätsproblematik, nicht Rechnung tragen könne, weshalb unerwünschte selektive Wirkungen nicht auszuschließen seien.

Strategie der Zielprioritäten

Der zweite Tag (6. Dezember) stand ganz im Zeichen der wissenschaftlichen Politikberatung, insbesondere hinsichtlich der ihr zugrunde liegenden stabilitätspolitischen Konzeptionen²⁾. Dabei wurde in der Vormittagsitzung deutlich sichtbar, daß die Repräsentanten von Mehrheit und Minderheit im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durchaus unterschiedliche konzeptionelle Thesen vertraten. Trotz grundsätzlicher Übereinstimmung in den „Basisurteilen“ (Präferenz zugunsten einer *Trendorientierung*) und in den „ordnungspolitischen Grundvorstellungen“ (Präferenz zugunsten der *Marktwirtschaft*) wurden Diskrepanzen sichtbar.

Die Ratsmehrheit (KLOTEN) betrachtete die (primäre) Rückführung des Wirtschaftsprozesses auf einen Gleichgewichtspfad als die *conditio sine*

²⁾ Prof. Dr. Norbert Klotten, Universität Tübingen, referierte über „Alternativen der Stabilisierungspolitik“, Prof. Dr. Claus Köhler, Technische Universität Hannover, über „Verstetigungsstrategie – eine konjunkturpolitische Alternative“, Prof. Dr. H.-J. Schmah, HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg, über „Stagflation – Herausforderung für die Wirtschaftspolitik“ und Dr. Horst Seidler, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, über „Die gegenwärtigen Möglichkeiten einer antizyklischen Konjunkturpolitik“.

qua non für den Einsatz einer trendorientierten Stabilisierungspolitik. Dies gelte auch dann, wenn in der gegenwärtigen Situation der zeitliche Horizont erweitert werden müsse und wenn die Rückgewinnung des Gleichgewichts bis an die Grenzen des Risikos für Wachstum und Beschäftigung führe. Diese Konzeption bedinge nicht nur die Setzung von *Zielprioritäten* (Priorität habe das jeweils am meisten gefährdete Ziel: gegenwärtig die Preisstabilität), sondern auch die Auswahl darauf zugeschnittener *Politiken* (gegenwärtiges Hauptgewicht liege demzufolge bei der *Geldpolitik* und – wegen der Mitverantwortung der Sozialpartner – bei der *Tarifpolitik*).

In der Diskussion wurde insbesondere eingewandt, wie man im Rahmen dieser Konzeption den Problemen der Marktmacht, der Dauerinflation und den Verteilungsauseinandersetzungen Rechnung tragen wolle. Ergänzend wurde die Frage aufgeworfen, wie die entsprechenden Probleme über adäquate institutionelle Regelungen gelöst werden können.

Strategie der Verstetigung

Die Ratsminderheit (KÖHLER) sieht demgegenüber Wachstum, Vollbeschäftigung und Preisstabilität als wirtschaftspolitische *Grundrechte*, deren Verletzung nicht vertretbare gesellschaftspolitische Konflikte auslösten. Daraus folge die *Ablehnung* einer Prioritätenstrategie (Gefahr, daß ein anderes Ziel verletzt würde, was ein permanentes „Überziehen“ in der Konjunkturpolitik erforderlich mache) zugunsten einer *Verstetigungsstrategie*, die eine stetige Anpassung der Nachfrage an das Angebot herbeizuführen habe. Daraus folge ebenfalls keine Auswahl der Politiken, sondern ihre ständige *Koordination* (konkret: die Verpflichtung der Bundesbankpolitik auf alle wirtschaftspolitischen Zielsetzungen). Hauptverantwortung für die Verstetigung trage insofern die staatliche Wirtschaftspolitik – *nicht* die Sozialpartner.

In der anschließenden Diskussion wurde zunächst die Meinung vertreten, daß das Konzept sehr stark utopischen Gehalt habe. Vor allem könne auch das Alternativkonzept in der vorliegenden Form nicht eine Strukturpolitik ersetzen, zumal die selektive Wirkung der Globalmaßnahmen und das Problem der institutionellen Regelungen (etwa bei dem vorgelegten Vorschlag einer Preiskontrolle) ungeklärt blieben. Schließlich wurde die Frage aufgeworfen, wie eine Verstetigung praktikabel sei, die – notwendigerweise – immer wieder von einem Ungleichgewichtszustand ausgehen müsse.

Die Nachmittagsdiskussion war den Repräsentanten wirtschaftswissenschaftlicher Forschungs-

institute vorbehalten. Auch hierbei wurden gewisse konzeptionelle Gewichtverlagerungen (trotz vielfacher Übereinstimmung) sichtbar.

Zunächst (SCHMAHL) zeigte sich eine Form von Resignation hinsichtlich der Möglichkeiten des „demand management“, wenn *strukturelle* Bedingungen – die sich beispielsweise in Marktmacht äußern, mit der ein Verteilungskampf ausgetragen werde – schließlich zu einer reinen „cost-push-inflation“ führen (die die Verteidigung der Gewinnspannen einschließen), auch wenn kein monetäres Inflationspotential mehr vorhanden sei. Dies führe dann zur Gefahr einer *Stagflation*, bei der ein „demand management“ nur noch zu Produktions- und Beschäftigungsrückgang führe, ohne den Preisauftrieb nennenswert noch beeinflussen zu können. Ob diese Gefahr für die Bundesrepublik Deutschland unmittelbar drohe, sei offen; zumindest habe sich aber die „Phillips-Kurve“ nach rechts verschoben. Insofern sei die Notwendigkeit ordnungspolitischer Eingriffe in die Lohn- und Preisbildung – wenn auch nur ergänzend und kurzfristig – nicht auszuschließen, um stabilitätsgünstigere Strukturbedingungen herzustellen.

Das Schlußreferat dieses Tages (SEIDLER) zeigte demgegenüber ein höheres Maß an Optimismus. Zwar hätten sich die *Verhaltensweisen* verändert (ausgelöst durch härtere Tarifverhandlungen, geringeren Wettbewerbsgrad, wirtschaftspolitische Steuerungsfehler und zunehmende außenwirtschaftliche Integration), insbesondere begünstigt durch die Schwächung des Bundesbankinstrumentariums (Ermöglichung der Auslandsfinanzierung). Doch seit der Wechselkursfreigabe habe sich der währungspolitische *Hintergrund* verbessert und damit auch die Chance eröffnet, die Verhaltensweisen zu ändern. Als Konsequenz ergebe sich, daß es voreilig wäre, das Instrumentarium der *Globalsteuerung* zu ersetzen, zumal einerseits die Teststrecke zu kurz sei, um seine (neugewonnene) Leistungsfähigkeit zu beurteilen, und andererseits Dirigismus ineffizient und Wettbewerbspolitik zwar notwendig, aber keine Konjunkturpolitik sei.

Unzureichende Instrumente

In der anschließenden Diskussion schob sich zunächst die Meinung in den Vordergrund, daß hier erstmals „bundesrepublikanische Wirklichkeit“ angesprochen wurde, woraus gefolgert wurde, daß gegenwärtig zu einem Verzicht auf Globalsteuerung noch kein Anlaß bestehe.

Dennoch wurde erneut Skepsis vorgebracht. Sie konzentrierte sich vor allem auf die Fragen, wie eine echte „countervailing power“ (Arbeitgeber/Arbeitnehmer bzw. Unternehmen/Verbraucher) hergestellt werden könne und wie die wirtschafts-

politischen Instrumente konkret ausgestaltet werden könnten. Schließlich habe sich doch gezeigt, daß die Orientierung der Instrumente an der Marktkonformität ihre Effizienz erheblich belaste. Und die generelle Zustimmung zur Wettbewerbspolitik beweise, daß auch hiervon keine nennenswerte Effizienz erwartet werde. Zuletzt wurde darauf verwiesen, daß die Instrumente der Globalsteuerung kaum hinreichend seien, um eine – als generell notwendig erachtete – reale Erhöhung der Staatsquote herbeizuführen.

Standpunkt der Bundesbank

Am dritten Tag (7. Dezember) stand schließlich die praktische Wirtschaftspolitik im Vordergrund³⁾ – in der Vormittagssitzung zunächst die Notenbankpolitik. Dabei zeichneten sich im Grundsatz kontroverse Positionen ab.

Der Vertreter der Bundesbank (SCHLESINGER) knüpfte insofern an das Schlußreferat des Vortages an, als er die Hauptursache der bestehenden Dauerinflation in einer – außenwirtschaftlich begünstigten – unkontrollierbaren Vermehrung der *Geldbasis* sah, der ein höheres Gewicht zuzubilligen sei als einer Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und/oder des Ausweichens auf Geldsurrogate. Entscheidend sei somit die Verknappung des Geldangebotes durch die Beseitigung freier Liquiditätsreserven der Banken, ohne daß es zu extremen Fluktuationen an den Finanzmärkten komme. Neben der – aus außenwirtschaftlichen Gründen – nur bedingt einsetzbaren Zinspolitik und einer – aus kapitalmarkttechnischen Gründen – ebenfalls nur bedingt einsetzbaren Offenmarktpolitik könnte dabei die Aktivzuwachsmindestreserve ins Auge gefaßt werden. Die Kreditplafondierung käme demgegenüber nur als „ultima ratio“ in Frage. Vor allem müsse aber die Notenbankpolitik durch eine adäquate Fiskal- und Lohnpolitik ergänzt werden. Jede auf ein höheres Maß an Verteilungsgerechtigkeit zielende expansive Lohnpolitik sehe in der Geldpolitik ihren Widersacher und müsse die Arbeitsplätze gefährden.

Novellierung des Bundesbankgesetzes

Im anschließenden Koreferat (SIMMERT) wurde demgegenüber darauf hingewiesen, daß bei einer derartig aktivierten Notenbankpolitik ordnungspolitische Probleme, die elementare Interessen

³⁾ Dr. Helmut Schlesinger, Deutsche Bundesbank, Frankfurt, referierte über „Die Rolle der Geldpolitik im Rahmen der Stabilisierungspolitik“, Dipl. Volkswirt Diethard B. Simmert, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB, Düsseldorf, über „Überlegungen zur Reform der Geld- und Kreditpolitik“, Dr. Hans Tietmeyer, Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn, über „Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Stabilisierungspolitik im marktwirtschaftlichen System der Bundesrepublik Deutschland“ und Rudolf Henschel, DGB, Düsseldorf, über „Ordnungspolitische Vorschläge zur Preisstabilisierung“.

der *Arbeitnehmer* berührten, in den Vordergrund zu treten hätten. Abgesehen davon, daß für die hier verstärkt zum Ausdruck kommende monetaristische Hypothese nur umstrittene empirische Beweise vorlägen, stehe im Mittelpunkt der Problematik die Tatsache, daß die Bundesbank sich primär der Preisstabilität verpflichtet fühle – nicht aber der Sicherheit der Arbeitsplätze und der Verteilungsgerechtigkeit. Und die einseitige Inflationsdiagnose der Bundesbank, die den mangelnden Preiswettbewerb und den mit Marktmacht ausgetragenen Verteilungskampf ignoriere, bedeute, daß eine konsequent angewandte Geldpolitik schließlich zu einem Beschäftigungsrückgang führen müsse. Als Konsequenz ergebe sich somit die Notwendigkeit, daß die Bundesbank durch Novellierung des Bundesbankgesetzes auf alle Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes verpflichtet werden müsse. Nur unter diesen Bedingungen könnte einer Erweiterung des notenbankpolitischen Instrumentariums zugestimmt werden.

Die anschließende Diskussion wurde sehr kontrovers geführt. Zunächst stellte sich die Frage nach einem aussagefähigen Indikator der Geldpolitik und der Möglichkeit einer Intensivierung der Offenmarktpolitik. Schließlich wurde auch das Problem aufgeworfen, ob es genüge, die Bundesbank auf die Ziele der (offiziellen) Wirtschaftspolitik zu verpflichten, oder ob nicht eine Aufhebung der Autonomie der Notenbank geboten erscheine, wenn deren Politik – im Interesse eines höheren Maßes an Preisstabilität – Arbeitslosigkeit erzwinge.

Praktische Lösungsmöglichkeiten

Die Nachmittagssitzung war schließlich der staatlichen Wirtschaftspolitik gewidmet. Jetzt stellte sich die konkrete Frage, welche praktischen Lösungsmöglichkeiten sich für das Instabilitätsproblem abzeichnen.

Der Vertreter der Bundesregierung (TIETMEYER) wies zunächst darauf hin, daß es mit Hilfe der restriktiven Globalsteuerung – insbesondere mit einer effizienteren Bundesbankpolitik in Verbindung mit einer neuorientierten Finanzpolitik (Schwergewicht auf der Einnahmeseite) – immerhin gelungen sei, dem drohenden Boom die Spitze zu nehmen. Jetzt komme es (nicht zuletzt unter dem Einfluß der drohenden Ölkrise) entscheidend darauf an, die Ansprüche an das Sozialprodukt den realen *Angebotsmöglichkeiten* anzupassen.

Erneut zeigte sich hier ein Anknüpfen an die Vortagsdiskussion, als in der aus den „Fugen“ gerateten internationalen Währungsordnung und in dem direkten internationalen Preiszusammenhang ein entscheidendes Inflationspotential ge-

sehen wurde. Allerdings wurde auch auf den verengten Zielkatalog der staatlichen Wirtschaftspolitik verwiesen, der Verteilungs- und Strukturprobleme ebenso außer acht lasse wie jene Probleme, die sich aus der Marktvermachtung ergäben. Dennoch wurden erhebliche Bedenken gegen administrative Eingriffe in den Lohn- und Preisbildungsprozeß wie auch gegen Indexklauseln angemeldet. Dies schließe freilich eine effizientere Mißbrauchskontrolle nicht aus. In keinem Falle wurde aber eine Alternative zu einer – durch eine Stärkung der Wettbewerbsordnung ergänzte – Globalsteuerung gesehen, wenngleich kurzfristig keine spektakulären Erfolge erwartet werden könnten.

Von der Gewerkschaftsseite (HENSCHEL) wurde demgegenüber das Schwergewicht bei der Instabilitätsanalyse auf die schleichende *Aushöhlung* der marktwirtschaftlichen Ordnung gelegt. Dieser Prozeß sei eine zentrale Voraussetzung für die Beschleunigung des Preisauftriebs, weil er die Unternehmen davon befreie, Kostensenkungen (z. B. aufgrund von Produktivitätsfortschritten) in Preissenkungen weiterzugeben. Deshalb müsse die Bekämpfung des Preisauftriebs mit ordnungspolitischen Mitteln erfolgen. Dies schon deshalb, weil eine Globalsteuerung zunehmend Stagflationsgefahren hervorrufe, die Konzentration – und damit die ordnungspolitische Deformation – noch fördere und schließlich eine kontinuierliche Reformpolitik erschwere. Und diese Gefahren würden in Kauf genommen, ohne – wegen der gegebenen Überwälzungsmöglichkeiten – nennenswerte stabilitätspolitische Erfolge zu erzielen. Neben einer stabilitätsorientierten öffentlichen Vergabepolitik und einer Verbesserung der Wettbewerbspolitik (bzw. Preiskontrolle, wo der Wettbewerb nicht wiederherzustellen ist) käme es entscheidend darauf an, den *Verbraucher* selbst als "countervailing power" neu zu etablieren (Verbraucheraufklärung, Preisinformation, Kalkulationstransparenz, Musterkalkulation).

Die Diskussion brachte Skepsis in beiden Richtungen. Gegenüber der Globalsteuerung wurde (einmal mehr) eingewandt, daß sie die Inflationsursachen zu einseitig sehe und ihr Einsatz nicht nur Gefahren für Wachstum und Beschäftigung bringe, sondern auch den gesamtwirtschaftlichen Strukturbedingungen und den staatlichen Reformnotwendigkeiten nicht gerecht werde. Ebenfalls Bedenken wurden laut gegen eine ordnungspolitische Erweiterung, die – bei allem Fortschritt – sich einseitig auf den Verbraucher konzentriere; es stelle sich die Frage, ob dies hinreichend sei oder ob nicht die ordnungspolitische Erweiterung durch einen gezielteren Einfluß auf die Investitionsstruktur (Gedanke der überbetrieblichen Mitbestimmung) ergänzt werden müsse.

Angesichts des breiten Spektrums der vorgetragenen Thesen und Argumente dürfte jeder Versuch schwerfallen, die Ergebnisse des WSI-Forums auf einen Generalnenner zu bringen. Dennoch ist festzuhalten, daß sich im Verlauf der Tagung drei Grundtendenzen herauschälten:

Das *Unbehagen* hinsichtlich der Frage der konjunkturpolitischen „Machbarkeit“ nimmt zu. Dies klang selbst dort an, wo man glaubt – nach der inzwischen erfolgten außenwirtschaftlichen Absicherung –, die Instrumente der Globalsteuerung nun gezielter und effizienter einsetzen zu können. Die immer drängender werdende Notwendigkeit, die bestehende stabilitätspolitische Konzeption neu zu überdenken, prägte stark den Tagungsverlauf.

Ein deutliches *Übergewicht* erhielt die These, daß zwar (noch!) kein Anlaß bestehe, auf das Instrumentarium der Globalsteuerung völlig zu verzichten, daß aber seine strukturellen Voraussetzungen – im Sinne einer Intensivierung des Preis- und Leistungswettbewerbs als zentrale Bedingung eines funktionsfähigen marktwirtschaftlichen Anpassungsmechanismus – erheblich verbesserungsbedürftig sind.

Ebenso deutlich kam aber auch die *Skepsis* zum Ausdruck, ob es angesichts der immer drängender werdenden gesellschaftspolitischen Probleme (Strukturwandel, Kollektivgüterversorgung, Verteilungsgerechtigkeit) noch hinreicht, sich auf eine neue – und sei es auch verbesserte – Etablierung marktwirtschaftlicher Anpassungsmechanismen zu beschränken, oder ob nicht schärfer in bestehende Entscheidungszentren (und daraus resultierende Investitionsstrukturen) eingegriffen werden muß.

Neue Herausforderungen

Die gegenwärtige Erscheinungsform des Instabilitätsphänomens bringt – für Wissenschaft und Praxis – neue *Herausforderungen*. Dies nicht zuletzt deshalb, weil wirtschaftliche Stabilität einerseits ein Stück gesellschaftspolitische Stabilität ist, andererseits aber ohne diese nicht erreichbar und demzufolge auch nicht auf deren Kosten angestrebt werden kann. Das Bemühen, Konjunkturtheorie und -politik in „rein ökonomischem Sinne“, d. h. frei von dahinter stehenden gesellschaftspolitischen Interessenlagen, betreiben zu wollen, dürfte sich insofern zunehmend als verhängnisvoll erweisen.

Ein wissenschaftliches Forum wäre gewiß in der Aufgabe überfordert gewesen, am Ende ein umfassendes und konsistentes Stabilitätskonzept entwickeln zu wollen. Dies befreite indessen nicht von der Pflicht, in der offenen Konfrontation unterschiedlicher Meinungen die Suche nach möglichen Konzeptionen einen Schritt weiterzuführen.